

Vollzugsausschuss des Reichstages. Wir schädigen unser Herz gerade in der jetzigen schwersten Zeit, wenn wir die Tätigkeit des Generalstabes unter die Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für diese Entwicklung ab, wie wir die vorliegenden Verfassungsänderungen nicht mitmachen. Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will aber nicht zur Kapitulation gezwungen werden, es ist auch nicht geneigt, Bedingungen anzunehmen, die mit seiner Ehre und den Bedingungen des Gerechtigkeitsfriedens unvereinbar sind und die Zukunft und Sicherheit des Reiches bedrohen.

Ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler.

Die Abgeordneten Götthel (f. V.), Gerold (3.) und Dr. Stresemann (natl.) haben eine Resolution eingebracht, welche dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages ausdrückt.

Zur inneren Lage. Die Neuordnung in Sachsen.

Sitzung des sächsischen Gesamtministeriums. Die am Sonnabend verschobene Sitzung des Gesamtministeriums fand gestern unter dem Vorsitz des Königs statt. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete wiederum die künftige Gestaltung der Regierung. Der König bezieht sich, wie die „Sächsische Staatszeitung“ meldet, die weitere Entscheidung vor. In der Sitzung des Gesamtministeriums in der vergangenen Woche soll auch die Bildung eines Staatsrates im Sinne des Art. 41, Abs. 4 der Verfassungs-Urkunde Gegenstand der Verhandlungen gewesen sein. In diesem Artikel heißt es: Es kann ein Staatsrat gebildet werden, zu dem außer den Vorständen der Ministerialdepartements diejenigen Personen auszuwählen werden können, die der König für geeignet findet.

Eine bedeutsame Entschliessung der sächsischen Konservativen.

Die konservativ-fraktion der Zweiten Kammer hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Not des Vaterlandes steigt höher und höher! Die Feinde verlangen eine uns aufs äußerste demütigende volle Unterwerfung, die Auslieferung unserer Kaiserkrone zu Lande und zu Wasser, die Vernichtung unserer Kaisermacht. In solcher Stunde gibt es nur ein Gebot: eng geschlossen und unerschütterlich fest zusammenzustehen Mann für Mann zum Schutze des Vaterlandes. Alles, was uns bisher trennte, muß vergessen sein, das höhere Ziel muß — wie unsere Brüder vor dem Felde — uns in der Heimat zusammenschließen zu einer gemeinsamen Front!“

Wenn die linken Parteien den einzigen Weg zur Stärkung und Festigung der Einheit, Entschlossenheit und Stoßkraft unseres Volkes in der Bewahrung weiterer politischer Rechte sehen, so wollen wir unsere Gedanken zurückstellen. Wir sind bereit, dem Vaterlande das Opfer zu bringen; unsere Zustimmung zur Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu geben! Möchten die Erwartungen, die hieran geknüpft werden, in vollem Maße zum Segen unseres Sachsenlandes in Erfüllung gehen!“

Dieser Beschluß ist von dem Vorstand des konservativen Landesvereins gebilligt worden. Hierbei ist festgelegt worden, daß der von der konservativen Fraktion gefaßte Beschluß das allgemeine, gleiche Wahlrecht ohne jede Sicherungen, also ohne Zusatzstimmen und ohne Verhältniswahl herbeizuführen wünscht.

Eine Entschliessung der Nationalliberalen.

Der Nationalliberale Landesverein für Sachsen hielt am Sonntag in Dresden eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Entschliessung einstimmig angenommen wurde: „Der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen und die nationalliberale sächs. Landtagsfraktion sprechen der nationalliberalen Reichstagsfraktion Vertrauen und Zustimmung zu ihrer bisherigen Haltung in den äußeren und inneren Fragen aus. Sie erwarten, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion auch weiterhin für die Herstellung der nationalen Einheitsfront und für die Erhaltung der Unversehrtheit unseres Reiches eintritt wird. Weder unser ehrliches Friedensangebot noch weiterhin von unsern Gegnern abgewiesen, so wird unser Volk einmütig sein Vertrauen in das Vaterland und seine Zukunft zu retten.“ — Es wurden dann insbesondere die bevorstehende Parlamentarisierung, die Reform der Ersten Kammer und die Reform des Landtagswahlrechtes in Sachsen behandelt. Vorsitzminister Dr. Heinze und Oberbürgermeister Blüher-Dresden wurden in den Gesamtvorstand gewählt.

Ein Empfang beim Grafen Bismarck.

Staatsminister Graf Bismarck von Cassel empfing im Ministerium des Innern die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Fräßdorf und Sindermann, wobei die Fragen der Neuordnung besprochen wurden, während die Frage der Neubestimmung von Vertretern überhaupt nicht berührt wurde. Im Anschluß hieran hielt die sozialdemokratische Landtagsfraktion eine Sitzung ab, in der die beiden Abgeordneten zunächst über das Ergebnis der Konferenz berichteten. Die Mitglieder der Fraktion erklärten, daß sie in Anbetracht der veränderten Verhältnisse einen Landtagswahlrecht nach dem Antrage des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Seyfert nicht zustimmen würden, sondern daß sie hierfür das Reichstagswahlrecht fordern müßten. Die Staatsregierung sei wahrscheinlich nicht abgeneigt, dieser Forderung zuzustimmen. Sie habe es aber für zweckmäßig, das Reichstagswahlrecht mit einer Wertzusatzstimme oder mit der Verhältniswahl

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 23. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe in der Ebniederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Deinsge. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deinsge-Difene zum Stehen gebracht. Desfilch von Kortzyl wurden wir am Westrande von Dichte nach dem Strand zurückgedrückt. Weiderseits des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampf wurden die Höhen bei Keiberg vom schlesischen Reserve-Infanterie-Regt. Nr. 10 unter seinem Kommandeur Major Gräner gegen viermaligen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe an der Schelbenederung, beiderseits von Journal und Balenciennes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Marie räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter die Bachabschnitte zurück.

An der Aisne wiesen wir einen heftigen Angriff des Gegners beiderseits von Manteuil ab.

Am östlichen Aisneufer, beiderseits von Bouziers und östlich von Digny haben die Kämpfe großen Umfang angenommen. Unter stärkstem Artilleriebeschuss griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terron und Falaise sowie zwischen Digny und Beaurepaire an. Auf den Höhen westlich von Balay konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. In der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter stärkster Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das 1. bayerische Infanterieregiment unter Führung seines Kommandeurs Major Schmidler hat in zäher Verteidigung die Höhe westlich von Chépreux gegen mehrmaligen Ansturm des überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe von Gallwitz.

Zwischen Argonne und Maas und zwischen Maas und Mosel regte nächtliche Feuerartigkeit. Teilkämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besondere Ergebnisse.

Leutnant Wüschner errang seinen 40. Luftstieg.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsanleihe:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein, wie bares Geld.

Freisch

nswahl in Verbindung zu bringen. Im Ministerium des Innern wurden jetzt dahingehende Erörterungen gepflogen. Zur Frage der Reform der Ersten Kammer betonte die Fraktion nochmals ihren früheren grundsätzlichen Standpunkt, nach dem die Erste Kammer abzuschaffen sei. Voraussetzungen werden jedoch die Sozialdemokraten an dieser Forderung nicht festhalten, wenn es gelingen würde, eine Reform der Ersten Kammer nach den Vorschlägen der nationalliberalen Fraktion zustande zu bringen. Bezüglich der Neubestimmung von Vertretern sollen erst die Parteieninstanzen des Landes befragt werden.

Die Neuordnung in Bayern.

Die Münchener Reichstagsfraktion schreiben über die politische Neuordnung in Bayern: In den letzten Tagen haben im bayerischen Landtag zwischen den Parteien Verhandlungen stattgefunden, die sich mit der Neuordnung in Verwaltung und Verwaltung des Landes befaßten und hauptsächlich die Art der Beteiligung der Volksvertretung an den Regierungsgeschäften, dem Landtagswahlrecht und der Umgestaltung der Reichsratskammer nach den Bedürfnissen der Neuzeit betrafen. Diese Verhandlungen wurden im erweiterten Finanzausschuß durch die Mitwirkung der Regierung unterstützt und ergänzt. Da bisher keine endgültige Vereinbarung unter den Parteien zustande gekommen ist, hauptsächlich deshalb, weil Zentrum und Liberale zuvor auch in engere Fühlung mit ihren Parteigenossen im Lande treten und deren Einfluß und Meinung zur Geltung kommen lassen wollen, hat es vorerst wenig Wert, über Einzelheiten der noch schwebenden Verhandlungen zu sprechen. Mittwoch etwa dürfte das Ergebnis der bisherigen Arbeiten zu erwarten sein. Es scheint, daß eine Vereinbarung zustande kommt, die den hauptsächlichsten Forderungen aller Parteien entspricht und eine Verständigung über die bisherigen Schwierigkeiten schafft.

Kleine politische Meldungen.

Der gestrige Abendbericht der Doeresleitung lautet: Starke Angriffe in Glanbern südwestlich von Deinsge und östlich von Kortzyl brachten dem Feinde nur trivialen Bodengewinn. Auf dem östlichen Aisneufer beiderseits Bouziers und östlich von Digny sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert. Am Sonntag 11. Oktober in Polen. In Warschau ist ein Koalitionskabinett gebildet worden, in dem Katholiken und Nationaldemokraten ihren Namen. Ursprünglich bestand die Absicht, ein rein nationaldemokratisches (deutschpolnisches) Kabinett zu bilden. Wahlreform in Hamburg. Eine Versammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei von Hamburg

und Umgebung beschloß zur Demokratisierung der Bürgerchaft und des Senats folgende Forderungen zu erheben: 1. Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Bürgerchaft für alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen, 2. Abschaffung der privilegierten Wahlen (Stände- und sogemante Notabeln-Wahlen), 3. Abschaffung der lebenslänglichen Amtsdauer der Senatoren, 4. Wahl des Senats durch die Bürgerchaft ohne Mitwirkung des Senats und ohne Beschränkung auf einen bestimmten Kreis von Personen.

Der frühere Reichstagsabg. Dr. Karl Stedtmann ist, begnadigt, aus dem Zuchthause entlassen worden und in Berlin wieder eingetroffen.

Anerkennung der baltischen Staaten. Dem Vorstehenben des vereinigten Landtages von Estland, Litauen und Lettland, Baron Wielar von Wiskau, wurde am 16. Oktober die vom Kaiser am 22. September vollzogene Urkunde überreicht, wonach, nachdem Rußland durch Artikel 7 des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages zum Berliner Friedensvertrag auf die Staatsoberhoheit verzichtet hat, diese Gebiete im Namen des Deutschen Reiches als frei und selbständig anerkannt werden.

Alle rumänischen Häfen am Schwarzen Meer und der Donau wurden für geschlossen erklärt. Nikolai Nikolajewitsch lebt. Der totgesagte kaiserliche Oberbefehlshaber Nikolai Nikolajewitsch befindet sich wohlbehalten in Aiew.

Von Stadt und Land.

Aue, 23. Oktober.

Die Eröffnung der Landwirtschaftlichen Winterschule in Aue.

Schon gestern haben wir kurz über die feierliche Eröffnung der Landwirtschaftlichen Winterschule in der Turnhalle der zweiten Bürgerchule berichtet. Wir lassen nunmehr einen ausführlicheren Bericht folgen.

Die Eröffnung, die für 11 Uhr angelegt war, verzögerte sich um etwa eine halbe Stunde, da man auf das Eintreffen des Amtshauptmanns Dr. Wimmer wartete, der auch erschien. An der Südseite der Turnhalle vor dem Rednerpodium war eine Büste des Königs Friedrich August aufgestellt, die in einem Gaijn von Blattsparnen verschwand. Davor hatten die zur Feier erschienenen offiziellen Persönlichkeiten und die geladenen Gäste Platz genommen. Wir sahen da die Herren Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Roth als Vertreter des Sächs. Ministeriums des Innern, Oberregierungsrat Sach als Vertreter der Kreishauptmannschaft Zwickau, Gutsbesitzer Schöber, Vorsitzender des Landwirtschaftl. Kreisvereins im Erzgebirge, Bürgermeister Hofmann und Stadtrat Schubert als Vertreter der Stadt Aue, Lehrer Bär als stellv. Vorsitzender des Stadtverordnetenkollegiums, Oberlehrer Biant als Leiter der Landw. Schule, die Schuldirektoren Prof. Wöhinger, Prof. Schulz, Bang, Härtel, Jacob und Reider, die Lehrer Scherzler, Semmler und Trinks als Mitglieder des Lehrkörpers der neuen Schule, die Industriellen Direktor Baedt, Kommerzienrat Hiltmann, W. Stahl u. A. mehr. Außerdem waren zahlreiche Landwirte, sowie viele Schüler der neuen Anstalt mit ihren Eltern anwesend.

Als Erster nahm zu einem herzlichem Willkommen der neue Vorsitzende des Landw. Kreisvereins im Erzgebirge,

Herr Schöber,

das Wort. Er dankte allen Anwesenden für ihr Erscheinen und wies darauf hin, daß auch nach dem Kriege für die Landwirtschaft die schwere Zeit andauern würde. Redner wandte sich dann der Vorgeschichte der Errichtung der Landwirtschaftlichen Schule in Aue zu. Der Gedanke dieser Gründung habe den Landw. Kreisverein in Chemnitz schon seit Jahren beschäftigt. Er konnte bisher wegen des geringen Interesses der kleinen Landwirte nicht zur Ausführung kommen. Erst der Krieg habe darin Wandel geschaffen. Einen besonders eifrigen Förderer fand der Plan in dem verstorbenen Dekonomlerat Stahl-Witzgendorf, dem Redner dafür den wärmsten Dank aussprach. Ebenso habe das Sächs. Ministerium des Innern wärmsten Dank für seine tatkräftige Mitwirkung verdient. Es habe zwar gewünscht, daß die Eröffnung der Schule bis nach Friedensschluß hinausgeschoben werde, doch habe die dringende Notwendigkeit einer erweiterten sachlichen Ausbildung der Landwirte eine frühere Eröffnung zwingend gemacht. Redner gedachte dann dankbar des Engagements der Stadt Aue, die das alte Jellier Rathaus der Schule kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Bis die dort erforderlichen baulichen Veränderungen beendet sind, wird der Unterricht in der 2. Bürgerschule erteilt werden. Redner dankte besonders Herrn Bürgermeister Hofmann, den Stadtverordneten zu Aue, dem Direktor Reider sowie dem Bezirksverbande Schwarzenberg, der für die Mittel für die neue Schule 1000 Mark bewilligt hat und richtete in Verbindung damit einen Appell an alle Freunde und Gönner der Schule, dieser ihr Interesse durch Zuwendung von Stiftungen zu bewähren. Redner dankte schließlich namens des Landw. Kreisvereins l. E. allen Behörden und Privatpersonen für die Mitarbeit an dem Zustandekommen der Schule und schloß mit der Bitte um deren weitere Unterstützung sowie mit dem Wunsch, daß die Schule zum Segen der heimischen Landwirtschaft wachsen, blühen und gedeihen möge.

Geheimrat Prof. Dr. Roth

als Vertreter des Ministeriums des Innern schilderte zunächst die gegenwärtigen und kommenden Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Eine Förderung der Landwirtschaft sei mehr als je notwendig. Gegenwärtig bestehen in Sachsen 11 Schulen für die Ausbildung der mittleren und kleineren Landwirte. Sie haben einen ungeheuren Aufschwung genommen. Ihre Vergrößerung ist notwendig, weil sie dem Bedürfnisse nicht mehr genügen. Die landwirtschaftliche Berufsberatung müsse planmäßig ausgebaut werden. Redner dankte sodann der Stadt Aue für die tatkräftige Unterstützung, die der jungen Schule die ersten Wege geebnet habe und sagte die Wünsche des Ministeriums für die Schule schließlich in einem kräftigen Glückwunsch zusammen.